CNH Baumaschinen GmbH Berlin

CNH-Streikzeitung

Verwaltungsstelle Berlin

Nr. 16 I 15. März 2006

»Wir wollen starke Gewerkschaften«

Hubertus Heil, Generalsekretär der SPD

Dienstag, der 22. Streiktag bei CNH war mal wieder ein Tag der Politik. Solidaritätsbesuche von DGB und SPD und der Linkspartei/ PDS im Streikzelt.

Den Auftakt machte Hubertus Heil, Generalsekretär der SPD. »Mir kommen diese Bilder hier sehr bekannt vor. Vor ein paar Wochen habe ich schon die Streikenden bei AEG besucht«, begann er seine Grußworte. »Auch denen habe ich gesagt: Ihr streikt nicht nur um Eure Arbeitsplätze allein. Euer Streik steht stellvertretend für alle Menschen in Deutschland, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben. Und das sind viel zu Viele«, fuhr Heil in seiner kurzen Rede fort.

Er bezeichente die Konzernpolitik als völlig unverständlich und betonte, wie wichtig daher die Gegenwehr sei. Aber auch an die Kolleginnen und Kollegen aus der Politik richtete er mahnende Worte: »Die, die meinen man müsste Gewerkschaftsrechte wie Tarifautonomie und Streikrecht beschneiden, dürfen keine Mehrheit in diesem Land bekommen«, unterstützte er nachdrücklich die kämpfenden CNHler.

Hubertus Heil am Mikrofon. Im Hintergrund auch der DGB Landesvorsitzende Dieter Scholz (Zweiter von rechts)

Politik sei viel eher in der Verantwortung, diese Vorgehensweise von Unternehmen zu unterbinden, damit die Beschäftigten in Europa nicht weiter gegeneinander ausgespielt werden können. Das hieße, gleiche Regeln in allen Ländern zu schaffen, die eine Angleichung der Sozialpolitik und der Steuerpolitik beinhalten müßten. Auch forderte er vehement: »Eigentum verpflichtet! Die Unternehmen müssen sich endlich wieder dieser Verantwortung stellen und die Interessen der Beschäftigten vertreten und nicht nur die der Aktionäre«.

Er versprach den Streikenden, seinen Einfluss geltend zu machen, damit der Kampf bei CNH noch mehr in der Öffentlichkeit wahrgenommen werde. Auch wolle er dafür sorgen, dass sich der Bundestag mit diesem Thema in Zukunft stärker auseinanderzusetze.

»Ich wünsche Euch viel Kraft in diesem Kampf und haltet durch. Streik ist nicht illegal, auch wenn manche Medien das gerne so darstellen. Streik ist Euer legitimes Recht, für Eure Interessen zu kämpfen. Glück auf«, schloss der Generalsekretär der SPD seine Rede und versprach sein erneutes Erscheinen bei den Streikposten. Alle freuten sich über die zugesagte weitere Unterstützung.

Luis Sergio betonte in seinem Dank an Hubertus Heil, wie wichtig seine Unterstützung für den Streik sei. Jeder prominente Politiker sorge für mehr Öffentlichkeit. Diese Öffentlichkeit sei wichtig, um den Druck auf den CNH-Konzern auch weiterhin zu steigern.

V.i.S.d.P.: Arno Hager, IG Metall Verwaltungsstelle Berlin, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin; Agentur wpod

»Ihr macht hier Industriepolitik«

Dieter Scholz, DGB Landesvorsitzender

Dieter Scholz, DGB Landesvorsitzender Berlin-Brandenburg wurde als 'Dauertonnensteher' von der Streikversammlung begrüßt.
In seiner kämpferischen Rede erklärte er sich mit den Streikenden solidarisch und setzte sich vehement für den Erhalt Berlins als Standort der Wertschöpfung ein.
»Schließlich können wir uns nicht alle gegenseitig die Haare schneiden. Hier müssen qualitativ hochwertige Produkte hergestellt werden, sonst hat Berlin keine Zukunft«, unterstrich Scholz die Forderung nach mehr verarbeitendem Gewerbe in Berlin.
Man hätte ihn nicht ernst genommen nach der Wende, als er sich für mehr Wertschöpfung in Berlin eingesetzt hätte. »Langsam hat sich aber herum gesprochen, dass Berlin die Arbeitsplätze in der Industrie ausgehen«, sagte Scholz. »Deshalb ist Euer Streik praktische Industriepolitik für den Erhalt Berlins als Industriestandort«, lobte er die Streikenden.
Dann kam er zum praktischen Teil seines Besuchs. Er habe den Aufruf »Holz & Kohle für O&K« gelesen und daher beides dabei. Er überbrachte eine Spende von 250 Euro von den Beschäftigten des DGB und einen 30 m³ Container mit Holz für die Tonnen.
Am Ende seiner Rede erinnerte er an die auch streikenden Kolleginnen und Kollegen von Verdi, die auch dringend Unterstützung bräuchten. »Auch wenn der Streik in der Öffentlichkeit auf die Weigerung 18 Minuten mehr am Tag zu arbeiten reduziert wird: Hier geht es um den Erhalt von zigtausend Arbeitsplätzen im Öffentlichen Dienst«, erinnerte der DGB Landesvorsitzende und forderte die CNHler zu einer Solidaritätsadresse an Verdi auf.

Dieter Scholz überbringt den Streikenden nicht nur die Solidarität des DGB sondern auch eine Spende und Holz für die Tonnen

Lothar Bisky, Vorsitzender Die Linkspartei/PDS in der Streikversammlung

Dritter im Bunde in dieser Streikversammlung war Lothar Bisky von der Linkspartei/PDS.
Er schloss sich vorbehaltlos den Ausführungen seiner beiden Vorredner an. »Hier geht es nicht um Parteipolitik oder das jeweilige politische Profil. Hier geht es um Eure Arbeitsplätze und um die Zukunft Berlins«, betonte Bisky. Er sähe es als einen schweren Fehler des FIAT-Konzerns an, die hier vorhandene Kompetenz nicht zukunftsorientiert nutzen zu wollen, um die Arbeitsplätze weiterzuentwickeln.
Bisky verwies dann auf die gesellschaftliche Dimension dieser Auseinandersetzung. »Jeder vernichtete Arbeitsplatz ist ein weiterer schwerer Schlag gegen unser Sozialsystem. Wenn es immer weniger Arbeitsplätze gibt, dann wird auch weniger in die Sozialsysteme eingezahlt und die Leistungen müssen noch weiter gekürzt werden«, warnte Lothar Bisky.
Auch unterstützte er die Absicht des Wirtschaftssenators Wolf die gewährten Fördermittel von CNH zurükkzufordern. Es könne nicht sein, dass mit diesen Fördermitteln ein angeschlagener Autokonzern wie FIAT seine Bilanzlöcher stopfe.
Auch einer Konkurrenz zwischen den Standorten erteilte er eine klare Absage. »Niemand wird bei einem Niedriglohn- oder Steuerdumpingwettbewerb gewinnen. Unterm Strich gibt es nur Verlierer«, stellte Bisky klar.
»Wir wünschen Euch Standfestigkeit und Durchhaltevermögen in diesem Kampf«, schloss der Vorsitzende der Linkspartei/PDS.
Er kündigte für den morgigen Tag eine Spende der Bundestagsfraktion von 500 Euro an. Überbringer wird der Fraktionsvorsitzende Oskar Lafontaine sein.